

## **Offener Brief bezüglich der Situation der 27 inhaftierten Angehörigen der Mapuche**

Präsident der Republik Chile Sebastián Piñera Echenique  
Justizminister Hernán Larraín Fernández

Sehr geehrter Herr Präsident,  
sehr geehrter Herr Justizminister,

wir schreiben Ihnen, um unsere Besorgnis über die 27 Menschen der Mapuche auszudrücken, die sich derzeit inhaftiert in Temuco, Angol und Lebu im Hungerstreik befinden.

In Temuco begann der Machi Celestino Córdova seinen Hungerstreik am 4. Mai diesen Jahres, und am 20. Juli verkündete er mit einem trockenen Hungerstreik zu beginnen, also zusätzlich keine Flüssigkeiten mehr zu sich zu nehmen.

Außerdem traten am 19. Juli sieben weitere Gefangene der Strafanstalt in Temuco dem Hungerstreik bei: Daniel Canio Tralcal, Facundo Jones Huala, José Cáceres Salamanca, Juan Cheuqueta Cheuquepil, Fermín Márquez Inal, Cristhofer Pino Curin und Víctor Marileo Ancapi.

In Angol befinden sich folgende Personen seit dem 4. Mai im Hungerstreik: Sergio Levinao Levinao, Víctor Llanquileo Pilquiman, Juan Queipul Millanao, Freddy Marileo Marileo, Juan Calbucoy Montanares, Danilo Nahuelpi Millanao, Hanthu Llanca Quidel und Reinaldo Penschulef Sepúlveda.

In Lebu befinden sich seit dem 6. Juli folgende Personen im Hungerstreik: Eliseo Raiman Coliman, Matías Leviqueo Concha, Carlos Huichacura Leviqueo, Manuel Huichacura Leviqueo, Esteban Huichacura Leviqueo, Guillermo Camus Jara, César Millanao Millanao, Orlando Saez Ancalao, Damián Sáez Sáez, Robinson Parra Sáez und Óscar Pilquiman Pilquiman.

Für alle diese inhaftierten Menschen im Hungerstreik, ist es notwendig, im Dialog nach Lösungen zu suchen, um ihr Leben und ihre Gesundheit zu schützen und zwar nicht nur unter Berücksichtigung ihrer Verfahrenssituation, sondern auch unter Berücksichtigung der Realität der Pandemie, in der wir uns derzeit befinden.

Darüber hinaus sollte von Fall zu Fall eine Bewertung der Bedingungen des Freiheitsentzugs, in dem sie sich befinden, sowie ihres Alters und ihrer Gesundheitsbedingungen durchgeführt werden, falls sie dem Risiko einer möglichen Ansteckung durch COVID-19 ausgesetzt sind. In diesem Zusammenhang verweisen wir auf den offenen Brief, den wir Ihnen am 31. März diesen Jahres geschickt haben. Bei Personen, die indigenen Völkern angehören, müssen die auch von Chile ratifizierten Normen des Übereinkommens 169 der Internationalen

Arbeitsorganisation berücksichtigt werden, die festlegen, dass bei der Verhängung strafrechtlicher Sanktionen deren wirtschaftliche, soziale und kulturelle Merkmale berücksichtigt werden müssen und andere Arten von Sanktionen als die Inhaftierung bevorzugt werden sollten. Wichtig zu bedenken ist, dass den Gefängnisinsassen im

Hungerstreik, ebenso wie der gesamten Gefängnisbevölkerung das Recht auf angemessene medizinische Versorgung und Zugang zu Ärzten, denen sie vertrauen, zusteht. Dies schließt den Grundsatz der informierten Einwilligung mit ein, das heißt die Information über die wahrscheinlichen Folgen des Hungerstreiks für ihre Gesundheit und das Recht zu haben, medizinische Behandlung einschließlich Nahrung zu verweigern.

Aufgrund dessen lehnt Amnesty International die Zwangsernährung von Personen ab, die im Besitz ihrer geistigen Fähigkeiten sind und die sich im Hungerstreik befinden, wenn diese Zwangsernährung ohne ärztliche Aufsicht verabreicht wird oder bevor es einen plausiblen medizinischen Grund gibt, sie zu verabreichen, oder wenn sie auf eine grausame Art und Weise verabreicht wird.

medizinische Notwendigkeit ist der einzige Grund, warum Zwangsernährung mit den Menschenrechten vereinbar sein kann und warum sie nur nach einer Bewertung der geistigen Kompetenz und der Gesundheitsbedürfnisse der Person im Hungerstreik unter fortgesetzter ärztlicher Aufsicht von medizinisch ausgebildeten Mitarbeiter\_innen verabreicht werden sollte.

Zwei grundlegende Erklärungen zur medizinischen Ethik der World Medical Association - die Erklärung von Tokio und die Erklärung von Malta - besagen, dass Menschen, die sich im Hungerstreik befinden, nicht gewaltsam einer Behandlung unterzogen werden sollten, wenn sie sich weigern und diese Zwangsernährung von einem Hungerstreikenden im Besitz seiner geistigen Fähigkeit, nicht zu rechtfertigen ist.

Darüber hinaus ist hervorzuheben, dass mindestens 19 der inhaftierten Personen, derzeit im Hungerstreik, sich in Untersuchungshaft befinden. (5 in Angol, 3 in Temuco und 11 in Lebu). Dies bedeutet, dass unabhängig von der Schwere des angeklagten Verbrechens die Unschuldsvermutung für diese Personen gilt und dass alternative Maßnahmen zu ihrem Aufenthalt im Gefängnis geprüft werden sollten.

Dies muss nicht nur unter Berücksichtigung der üblichen notwendigen Kriterien, mit Einbeziehung der besonderen Umstände des Freiheitsentzugs geschehen, sondern auch mit Blick auf die gesundheitliche Ausnahmesituation, die uns alle betrifft. In mindestens 2 der Fälle (an denen 7 Angeklagte beteiligt sind) ist die Regierung in Form der Regionalverwaltung Kläger\_in und hat somit die Möglichkeit, eine Änderung der Vorsichtsmaßnahmen zu beantragen und zu unterstützen.

Menschen, denen die Freiheit entzogen ist, sind weiterhin Träger\_innen von Menschenrechten, und dies impliziert die Gewährleistung ihres Rechts auf Gesundheit im Rahmen der COVID-19-Pandemie.

Dies wird bei Menschen indigener Völker noch dringlicher, da ihre Gesundheit mit der Nähe zum Land und dem Zugang zu traditionellen Behandlungen ihrer Vorfahren zusammenhängt.

Dies wird im Fall des Machi Celestino Córdova aufgrund seiner Rolle als spiritueller Autorität besonders verschärft. Wir sind daher besorgt darüber, dass wir gesehen haben, dass die bisherige Reaktion der Regierung war, ihre Verantwortung in dieser Situation abzulehnen. Bei den in diesem Zusammenhang auftretenden Menschenrechtsverletzungen liegt die Verantwortung bei dem gesamten

chilenischen Staat. Es liegt selbstverständlich in der Verantwortung der Justiz, Entscheidungen in Übereinstimmung mit den Menschenrechtsstandards für jeden dieser Fälle zu treffen. Dies liegt aber auch in der Verantwortung der Regierung, nicht nur als Kläger\_in in einigen Fällen, sondern auch als Garant für Menschenrechte.

Die nachdrückliche Weigerung, einen Dialog einzuleiten, an dem hochrangige Regierungsbeamte beteiligt sind, mit einer Haltung, die das Problem zu leugnen scheint, hat nur dazu beigetragen, die Situation weiter zu verschärfen und mehr Gefangene in den Hungerstreik treten zu lassen.

Wir fordern die Regierung dringend auf, die Situation nicht länger zu vertuschen und einen Dialog zu führen, der nach Lösungen sucht, um die Gesundheit und die Rechte der inhaftierten Mapuche-Menschen zu schützen.

Vielen Dank im Voraus für Ihre Aufmerksamkeit,

mit freundlichen Grüßen

Ana Piquer Romo

Erika Guevara Rosas

Directora Ejecutiva Amnistía Internacional Chile | Directora para las Américas Amnistía Internacional